

Der »schwarz-gelbe« Reichskritikus: Eduard Herbst (1820-1892)*

Ein Österreicher, der auf den Ruf stößt, den sich Eugen Richter in Preußen bei Freund und Feind erwarb, der »Reichskritikus« und Dogmatiker, der Prinzipien hochgehalten, seiner Partei damit aber doch eher geschadet habe, wie das seine Gegner hohnlachend verkündeten und seine Anhänger schon kurz nach seinem Tod kaum mehr geleugnet haben, wird sich sofort an eine ganz ähnliche Gestalt der heimischen Szene erinnert fühlen, die Symbolfigur des österreichischen Liberalismus, Eduard Herbst, dem in ganz ähnlichen Wendungen eine »bei weitem mehr zersetzende als schaffende Natur«¹ attestiert wurde, ein »Mangel an politischem Schaffensvermögen«. Herbst »ist und bleibt doch nur scharfzüngiger Kritiker«², die »Rolle eines kritisierenden Chefs der Opposition gefällt ihm besser als das saure Amt eines Ministers.«³ Sein einziges Talent sei die Sophistik⁴ und: »Wenn er niemand ärgern kann, ärgert er sich . . .«⁵ Eine Litanei der Kritik, die in dem Vorwurf gipfelte, er habe den österreichischen Liberalismus auf eine »Martinswand« geführt.⁶

Freilich, dieselben Kritiker räumten auch ein, daß Herbst »immer seinen eigenen selbständigen Weg wandelte« – auch wenn sich das aus dem Mund Antons von Schmerling, des ersten Premiers der liberalen Ära (1861-65) und des ersten, gegen den Herbst Opposition machte, nicht unbedingt als Kompliment anhörte. Doch selbst Schmerling lobte seinen Fleiß, konstatierte, daß er »mehr als irgendeiner seiner Kollegen seine Aufgabe als Abgeordneter sehr ernst genommen habe«, weil er alle Vorlagen und Entwürfe auch tatsächlich

* Der Duktus meines Vortrages beim Eugen-Richter-Kolloquium wurde beibehalten.

1 Lothar Höbelt (Hrsg.): Österreichs Weg zur konstitutionellen Monarchie. Aus der Sicht des Staatsministers Anton von Schmerling, Frankfurt/M. 1994, S. 108. Von Herbst selbst existieren als Erinnerungen nur einige trockene juristische Argumentationen, ausgewertet bei Elisabeth Wymetal: Eduard Herbst, sein Werdegang und seine Persönlichkeit, ungedr. Diss., Wien 1944.

2 Haus-, Hof- und Staatsarchiv (im folgenden HHStA), Nachlaß Plener 6, Ignaz an Ernst 7.7.1867. Zur Person vg. Mechthild Wolf: Ignaz von Plener, München 1975.

3 Neues Fremdenblatt, 4.7.1867.

4 HHStA, Nl. Plener 6, Ignaz an Ernst, 12.7.1871.

5 Tages-Post, 8.5.1874.

6 Schlesisches Tagblatt, 28.10.1882. Dabei handelte es sich um eine Anspielung auf die Sage von Kaiser Maximilian I., der sich auf der Gamsenjagd in der Martinswand bei Innsbruck verirrte, und mirakulöserweise von einem Hirtenjungen gerettet wurde.

durchstudierte. Auch das noch unter Schmerling gegründete offiziöse ›Neue Fremdenblatt‹ anerkannte, »nicht vielen Leuten ist der Bienenfleiß des Prager Professors, sein analytisches Talent gegeben.« Ja selbst sein Konkurrent und zeitweiliger Ministerkollege, Ignaz von Plener, hielt Herbsts Reden für »dialektische Meisterwerke« (freilich nicht ohne hinzuzufügen: »Doch während dessen geht der Staat zugrunde . . .«).⁷

Ein Unterschied im Nachruhm dieser beiden, offenbar so polarisierenden politischen Persönlichkeiten ist nur insofern zu konstatieren, als Richter nach dem Zusammenbruch von 1918 vielfach verständnisvoller urteilt wurde, während die negativen Zensuren über Herbsts Wirken sich durch fast alle Darstellungen ziehen, und das quer durch alle Lager, fast ohne Unterschied der weltanschaulichen Position. Dieser bemerkenswerte Umstand ließe sich auf den ersten Blick vielleicht mit dem Mangel einer liberalen Traditionspflege im republikanischen Österreich erklären, doch selbst bei Autoren wie Charmatz oder Kann, die liberalen Positionen nahestanden, wiederholt sich der stereotype Vorwurf des »Doktrinarismus«, wie er sich dann auch in der gängigen Überblicksdarstellung von Zöllner wiederfindet, wo Herbst als der »populärste, aber allzu dogmatisch denkende und agitierende deutschböhmische Politiker« charakterisiert wird.⁸ Am meisten Verständnis lässt da kurioserweise vielleicht noch der Benediktinerpater Hugo Hantsch durchblicken, der Herbst zwar ebenfalls starre Haltungen attestiert, aber auch konzediert, seine Einwände seien durchaus keine leeren Vorspiegelungen gewesen . . .⁹

Ein gewisser Unterschied ergibt sich freilich schon aus der Chronologie: Herbst war fast zwanzig Jahre älter. Als Richter 1893 die Avancen Capravis zurückwies, war Herbst schon tot. Freilich: Wenn Generationen über das bloße Datum hinaus von großen, traumatischen Ereignissen geprägt werden, so galt für beide: Sie waren keine »Achtundvierziger« mehr, die das Revolutionsjahr noch mitgestaltend erlebten. Auch Herbsts politische Karriere begann erst in den sechziger Jahren, weil erst dann in seiner Heimat – zum Unterschied von Preußen – konstitutionelle Verhältnisse wiederkehrten bzw. wenn man das Intermezzo des Jahres 1848 ausklammert, ab 1861 überhaupt erst Einzug hielten. Das Ende der siebziger Jahre hingegen, die in beiden Reichen das Ende des Liberalismus als herrschende Partei einlauteten, im Reich

7 Schmerling (wie Anm. 1), S. 103 f.; Neues Fremdenblatt, 4.7.1867; Nl. Plener 6 (wie Anm. 2), Ignaz an Ernst 8.2.1871. Zur Zeitungslandschaft: Lothar Höbel: Die deutsche Presselandschaft. In: Helmut Rumpfer und Peter Urbanitsch (Hrsg.), Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Bd. VIII: Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft, Wien 2006, S. 1819-1894.

8 Richard Charmatz: Deutsch-Österreichische Politik, Leipzig 1907, S. 165 f.; Robert Kann: A History of the Habsburg Empire 1526-1918, Berkeley 1974, S. 347; Erich Zöllner: Geschichte Österreichs, Wien 5. Aufl. 1974, S. 414.

9 Hugo Hantsch: Die Geschichte Österreichs, Bd.2, Wien 3. Aufl. 1962, S. 412. Hantsch stammte aus Teplitz, verlor während der NS-Zeit seine Professur und stand großdeutsch-katholischen Auffassungen nahe.

die Hoffnungen auf Parlamentarisierung beendeten, in Österreich (präziser: der österreichischen Reichshälfte) zum Rücktritt des letzten liberal dominierenden Ministeriums führten, sah beide bereits in verantwortlicher Position. Herbst aber tat 1878 das gleiche wie Richter 1893, als er dem kaiserlichen Außenminister den Fehdehandschuh hinwarf, den dargebotenen Anteil an der Macht zugunsten einer zukünftigen, dafür umso vollständigeren Durchsetzung liberaler Grundsätze verschmähte, die bloß nie mehr eintrat.

»Der österreichische Gladstone«

Herbst wurde am 9. Dezember 1820 in Wien geboren, promovierte im März 1843 zum Dr. iuris und durchlief eine akademische Blitzkarriere, die ihn schon im April 1847 als Professor der Rechtsphilosophie und des Strafrechts an die Universität Lemberg führte (an der damals noch auf Lateinisch unterrichtet wurde!). Als entscheidende Weichenstellung für seine Laufbahn erwies sich freilich 1858 seine Berufung an die – damals noch ungeteilte – Prager Karlsuniversität. Denn als Prager Professor wurde er wenige Jahre später für einen ländlichen Wahlbezirk, den er kaum näher kannte, in den böhmischen Landtag gewählt.¹⁰ Das System der indirekten Wahl in den Reichsrat, das bis 1873 galt, verschaffte Böhmen eine ausschlaggebende Stellung. Denn Böhmen stellte die größte Delegation im Unterhaus des Reichsrates (über ein Viertel der Abgeordneten); solange die Tschechen den Reichsrat boykottierten (was sie von 1863 bis 1878 unausgesetzt taten), wurde das politische Leben Böhmens dominiert von der kleinen deutschen Minderheit in Prag, vielleicht 40.000 Menschen, die nahezu zwangsläufig eine Führungsrolle übernahmen für zwei Millionen Deutschböhmnen, die »Randlbehm« des geschlossenen deutschen Sprachgebietes.

Das Prager Casino, mit seinem Gebäude Am Graben (na příkope) galt als der mächtigste Verein der Monarchie, in dieser Stellung allenfalls noch angefochten vom »verfassungstreuen« Adel, der Partei Auerspergs, den Frei-Konservativen im Reich vergleichbar, die in Verfassungsfragen meist mit den Liberalen (und den Deutschen) ging, ihren weitergehenden Ambitionen allerdings mißtraute. Für ihre politische Wirksamkeit waren dieser böhmische verfassungstreue Adel und die deutschböhmischen Liberalen, also Auersperg und Herbst, aufeinander angewiesen, weil sie nur gemeinsam über eine Mehrheit im Landtag verfügten. Doch unter der Oberfläche dieser Vernunftfehe schwelten die Konflikte: Die Fürsten Auersperg, beide Premiers – Carlos 1867/68,

10 Herbst erwarb später auch ein Gut im Böhmerwald (für den dortigen Wahlbezirk wurde 1897 sein Sohn in den Reichsrat gewählt), sein Wahlkreis lag jedoch in Nordböhmen, im sogenannten Niederland um Schluckenau und Hainspach; erst 1885 nahm er ein Wiener Mandat an.

sein Bruder Adolph 1871-78 –, verwandten die Abhängigkeit von Herbst nur schlecht. Als die Direktwahlen zum Reichsrat eingeführt wurden, war ein wenig beachteter Aspekt daran die Emanzipation des böhmischen Adels vom Diktat Herbsts.

In dieser Prager politischen Welt errang Herbst binnen weniger Jahre eine beherrschende Stellung. Schon 1867 bezeichnete ihn eine Zeitung als »einen Führer der Deutschen in Böhmen in einem so eminenten Sinne, wie ihn außerhalb Ungarns kein Volk und keine Partei aufzuweisen hat«.¹¹ Sein Name wurde genannt als ein »österreichischer Deák«, als der Führer der Liberalen, der – so wie es Ferenc Deák in Ungarn tat – den »Ausgleich«, den Kompromiß von Zentralstaat und ungarischer Autonomie, von Krone und Volkssouveränität akzeptieren und die endgültige Befestigung konstitutioneller Grundsätze durch Bildung eines parlamentarischen Ministeriums krönen sollte. Prompt formierte sich aus den Deutschliberalen im Frühjahr 1867 der Herbst-Kaiserfeld'sche Klub, als liberale Sammelpartei, die im Unterhaus über die absolute Mehrheit verfügte. Die Voraussetzungen für die Bildung eines liberalen Kabinetts schienen gegeben, doch Herbst zögerte. »Ist der Herr Professor ein österreichischer Gladstone, so führe er die Rolle ganz durch,« verband das offiziöse Blatt seine diesmal auf englische Vorbilder gemünzten Lockrufe mit dem Tadel: »Welchen Messias diese Herren noch erwarten, wissen wir nicht. Wozu also das Zaudern, das je länger es dauert, desto mehr die Gestalt der Koketterie annimmt.«¹² Das war gut gebrüllt; doch stand hinter der so typisch österreichisch aufs Korn genommenen persönlichen Befindlichkeit nicht tatsächlich ein Dilemma zwischen Parlamentarisierung und Gewaltenteilung, zwischen auf die Spitze getriebener Polarisierung und dem System des »trasformismo«, wie es in Italien genannt wurde, wo der Apparat nach jeder neuen Krise bloß eine weitere Oppositionsgruppe zukaufte? Wollte das österreichische Parlament mehr sein als das »constitutionelle Bureau des Absolutismus«?¹³ Herbst argumentierte, er wolle keine unreifen Früchte pflücken, keine Verantwortung übernehmen, bevor die Verfassung nicht unter Dach und Fach wäre, die Regierung nach dem verlorenen Krieg von 1866 nicht ihren Offenbarungseid geleistet hätte, vor allem auch in finanzieller Hinsicht. (Auch wenn er dabei nicht ganz so weit ging wie z.B. der Brünner Abgeordnete Skene: Sollten die Liberalen die Schulden des Vorgänger-Regimes übernehmen – oder nicht doch lieber den Staatsbankrott erklären?) Kritiker hingegen argumentierten, Herbst spekuliere bloß auf Baisse, weil er dem Ausgleich keine Chance gäbe und sich an der heiklen staatsrechtlichen Materie nicht die Finger verbrennen wolle. Inzwischen wäre der »eminente

11 Tagesbote aus Böhmen, 20.12.1867.

12 Neues Fremdenblatt, 1.7.1867.

13 Die Formulierung wurde Johann Nepomuk Berger zugeschrieben. Schlesisches Tagblatt, 3.6.1882.

Führer« (im) Herbst beinahe zwischen allen Stühlen gelandet, als der Herbst-Kaiserfeld'sche Klub in eine Linke und einen gouovernmentalen Liberalen Klub zerfiel.¹⁴

Erst kurz vor Jahreswechsel 1867/68 – im Dezember war die Verfassung verabschiedet worden – wurde dann doch das sogenannte »Bürgerministerium« angelobt. Zum ersten und einzigen Mal bildete der »mainstream«, der Kern der liberalen Partei, und nicht bloß einige ihnen nahestehende Fachleute, Vertrauensmänner oder Aristokraten, ein Ministerium. Herbst nahm unter Widerstreben ein Portefeuille an, nicht das Finanzministerium, sondern das Justizressort. Die legislative Ausbeute war mager. Von den verabschiedeten Gesetzentwürfen fand vermutlich die Einführung von Geschworenengerichte für Preßverfahren die meiste Resonanz. Doch die liberale Öffentlichkeit vermerkte mit Ungeduld in erster Linie die mangelnden Fortschritte auf dem Gebiet der antiklerikalen Gesetzgebung (der Bruch des Konkordats 1870, aus Anlaß des ersten Vatikanums von 1869/70, sollte erst seinem Nachfolger in den Schoß fallen). Die persönlichen Rivalitäten zwischen den Koryphäen der Liberalen wurden vom »Sprechminister« Johann Nepomuk Berger in einem bekannt gewordenen Bonmot auf den Punkt gebracht: »Wie sollen wir für einander einstehen, wenn wir einander nicht ausstehen können?«

Vielleicht waren die entschiedenen Liberalen auch zu optimistisch: Was für sie den Beginn einer neuen Ära darstellte, war für die Krone nur ein Intermezzo, das auf Unstimmigkeiten mit dem zentralistischen Teil des bisherigen Establishments zurückzuführen war, der sich dem »Ausgleich«, sprich: der Teilung des Kaisertums Österreich in eine österreichische und eine ungarische »Reichshälfte« widersetzte. Solange der rechte Flügel, mit seinem Rückhalt in Adel und Bürokratie, sich abseits hielt, entstand für die »entschiedenen« Liberalen ein »window of opportunity«, das sich kurz darauf wieder schloß. Bereits nach zwei Jahren, im Januar 1870, war das Bürgerministerium am Ende. Der Boykott des Reichsrats durch die Tschechen ließ die Verfassung als Stückwerk erscheinen. Der Kaiser begann wieder das divide et impera zu spielen, indem er mit den tschechischen (und den katholischen!) Föderalisten verhandelte. Selbst als diese Versuche mit den sogenannten Fundamentalartikeln des Jahres 1871 scheiterten, kehrte er zu einem liberalen Ministerium zurück, jedoch einem der konservativen Spielart, dem »Ministerum Lasser, genannt Auersperg«, wie es ein Spötter nach seinem *spiritus rector*, dem mit allen Wassern gewaschenen manipulativen Innenminister Lasser nannte, einem freigeistigen Relikt des Neo-Absolutismus, der ursprünglich selbst Schmerling zu konservativ erschien.

14 Lothar Höbelt: 1867: The Empire Loyalists' last (but one) stand. In: Parliaments, Estates & Representation 23 (2003), S. 131-141.

Freilich: Herbsts Nimbus überstand diese Wechselfälle unbeschädigt. In den siebziger Jahren war er der unbestrittene parlamentarische Führer der Liberalen. Spätestens hier fällt auf, daß Herbst Stellung in der österreichischen Politik doch eine andere war als die Richters und der Fortschrittspartei im reichsdeutschen Spektrum. Herbst war in dieser Beziehung der Lasker, nicht der Richter des österreichischen Liberalismus, der sich im Parlament meist in drei Unterverbände gliederte: Der rechte Flügel, die »Freikonservativen«¹⁵, umfaßte im wesentlichen die Vertreter der Großgrundbesitzer, der »Grafenbank im Abgeordnetenhaus« (die ihre Mandate einer eigenen Wahlkurie verdankten); die Fortschrittspartei am linken Flügel, von den wenigen großstädtischen Demokraten bis zu den rabiaten Antiklerikalen der Alpenländer, schloß Herbst zum Teil bewußt aus. Herbst hingegen besetzte mit seiner »Linken« die breite Mitte zwischen diesen beiden auseinanderstrebenden Flügeln der Verfassungspartei und wandte seinen Bannstrahl einmal in die eine, dann die andere Richtung. Der Ministerpräsident Auersperg hatte darunter genauso zu leiden wie die Fortschrittlichen, die 1873 auf dem Teplitzer Parteitag von ihm in die Schranken gewiesen wurden. Die Dynamik der Mehrheitsbildungen innerhalb der Liberalen folgte, so sahen es seine Neider, Herbsts Launen – und dabei doch einem plausiblen Muster: Die Legislaturperiode begann mit einem Mitte-Rechts-Bündnis zur Unterstützung des Ministeriums, das irgendwann – wenn die Entfremdung zwischen Ministerium und Partei einen gewissen Grad der Irritation erreicht hatte –, mit dem Abschwenken des Gros der Partei zur Linken endete.

Dabei war die Kritik an Herbst zwiespältig. Man kritisierte seine Herrschaftsucht. »Parteidisziplin oder Terrorismus?«, leitartikelte das Regierungsblatt schon in der – für heutige Begriffe höchst harmlosen – Frühzeit der Fraktionsdisziplin, während Auersperg klagte: »Man kann dessen gewiß sein, daß jene Kandidaten, die in einer Session nicht mit ihm gestimmt haben, bei der nächsten Reichsratswahl von ihm nicht akzeptiert werden.«¹⁶ Sein Kollege Plener mochte sich darüber mokieren, daß Herbst in der Parlaments-Restauration »umgeben von Jasagern und Bedientenseelen bierselig auf Regierung schimpft«. Auch seine guten Beziehungen zu den führenden Blättern Wiens und Prags, der »Neuen Freien Presse« und dem »Tagesboten aus Böhmen«, sorgten da zuweilen für böses Blut. Doch wenn selbst der sonst für seine Rittmeister-Manieren bekannte Ministerpräsident Adolph Auersperg dem Volkstribunen nolens volens seine Reverenz erweisen mußte, konnte man das als

15 Offiziell nannten diese Verfassungstreuen sich das »Zentrum« – ein Titel, der im reichsdeutschen Spektrum nur für Verwirrung sorgte.

16 Neues Fremdenblatt, 25.7.1867; Allgemeines Verwaltungsarchiv Wien, Ministerratsprotokoll Karton 9, Nr. 104, 4.11.1872.

Sieg der parlamentarischen Doktrin ansehen, die für Österreich angeblich nicht taugte?¹⁷

Genaue Beobachter gelangten freilich zuweilen auch zu dem entgegengesetzten Schluß, daß Herbst an den zentralen Wendepunkten seiner Karriere keineswegs die Linie der Partei souverän bestimmte, sondern die Stimmung genau beobachtete und vorsichtig abwartete, ehe er das Lösungswort ausgab. Schmerling formulierte boshhaft, daß Herbst ängstlich lausche, wie sich die Meinung der Abgeordneten gestalten würde; auch die Presse kommentierte »seine Art, mit seiner Meinung oder wenigstens mit dem Ausdruck derselben zu warten, bis die Majorität gesprochen oder doch mit großer Wahrscheinlichkeit zu erraten ist«.¹⁸ Diese Kritik bezog sich zunächst auf das uns bereits bekannte Zögern 1867, als er dem »Ausgleich« noch nicht so recht traute. Doch das gleiche Muster wiederholte sich 1878, als er die wachsende Mißstimmung gegen das Ministerium – und die alle zehn Jahre anstehende Neuverhandlung der finanziellen Ausgleichsbestimmungen mit Ungarn – gewähren ließ, bis sie ihren Kulminationspunkt erreichte, er dann einige Tage von der Bildfläche verschwand und bei seiner Rückkehr den Konflikt forcierte – ihn dabei allerdings auf eine andere Ebene verlagerte.

Die Neuauflage des Verfassungskonflikts

Auch Herbst ging es dabei um die unerwünschten Nebenwirkungen des Verfassungsmodells von 1867. Er hielt sich aber nicht mit der Pfennigfuchserei mit der anderen Reichshälfte auf, dem Streit um Kaffeezölle und Zentralbankdirektoren (letzterer wies viele Parallelen zur Debatte um ihr europäisches Pendant der Gegenwart auf), sondern nahm die erhalten gebliebene kaiserliche Prerogative in den »Haupt- und Staatsaktionen« aufs Korn. Auf Grund der geltenden Verfassung war die Kontrolle über die Außen- und Militärpolitik der Monarchie den Parlamenten in Wien und Budapest entzogen. Nachdem es kein »Reichsparlament« mehr gab, wurde sie stattdessen von einem Ausschuß beider Parlamente besorgt, den »Delegationen«, die so zusammengesetzt waren, daß infolge des Votums der Herrenhausmitglieder die Krone kaum je Gefahr lief, in die Minderheit zu geraten. Die von den Delegationen bewilligten Summen für den Militäraufwand aber konnten vom Wiener (oder Budapester) Abgeordnetenhaus nicht mehr rückgängig gemacht werden. Das war der harte Kern der Dezemberverfassung von 1867, der sie für den Kaiser

17 NI. Plener 6 (wie Anm. 2), Ignaz an Ernst, 31.3.1871; Ernst v. Plener: Erinnerungen, Bd. 2, Wien 1921, S. 10.

18 Neues Fremdenblatt, 4.7.1867; Schmerling (wie Anm.1), S. 104.

über alle Bedenken hinweg attraktiv machte. Die Liberalen hatten sich damit abgefunden – bis sich 1878 die Geschäftsgrundlagen aus ihrer Sicht zu verschieben begannen, weil infolge der Balkanpolitik des Außenministers Andrassy, die nach der Orientkrise 1875-78 und dem Berliner Kongreß in die Okkupation Bosnien-Herzegowinas mündete, plötzlich enorme Summen fällig wurden, die das Budgetrecht des Parlaments auszuhöhlen drohten.

Damit war eine Neuauflage des Verfassungskonflikts mit der Krone eröffnet, der zugleich ein Konflikt zwischen den beiden Häusern des Reichsrats war – und ein Konflikt zwischen den Liberalen und ihrem rechten Flügel, den Verfassungstreuen der Partei Auersperg; denn sie war es, die im Herrenhaus die Mehrheit stellte. Ausgangspunkt der liberalen Kritik war dabei der »Irrthum über die kolossale Inanspruchnahme der materiellen Opfer, welche die Okkupation erfordern wird.«¹⁹ Dahinter stand eine handfeste Imperialismus-Debatte, wenn auch eine zuweilen recht konfuse, denn über die wahren Ziele der Politik Andrassys sind die Meinungen in der Geschichtsschreibung bis heute geteilt. Sein Unglück dabei war, daß ihm die zeitgenössische öffentliche Meinung – nicht zuletzt aus Mißtrauen gegen Ungarn – die jeweils aus ihrer Sicht abzulehnenden Motive und Positionen unterstellte. Umgekehrt waren auch die Motive der Okkupationsgegner gemischt. Für Herbst (wenn auch nicht für alle seiner Kollegen) galt, daß er tatsächlich frei war von imperialen Ambitionen auf dem Balkan. Er sah – und da ging er wohl ganz mit Richter konform – imperialistische Experimente eben nicht unter moralischem Vorbehalt (so wurde mit dem Argument der Kulturmission und der Befreiung vom osmanischen Joch vielmehr für die Okkupation geworben!), sondern betrachtete sie nüchtern unter dem Kosten-Nutzen-Aspekt und kam dabei zu einem umso vernichtenderen Urteil. Zweifellos flossen auch nationale Motive in diese Haltung ein, nationale Motive nicht in dem üblichen aggressiven patriotisch-chauvinistischen Sinne, sondern – sehr modern! – in einem defensiven ethnisch-exklusiven Sinne: Man wolle in Österreich-Ungarn keine zusätzlichen zwei Millionen Slawen beherbergen. Die Karikatur bemächtigte sich dieses Aspekts, wenn sie den »neuesten Gesangsverein« unter Anspielung auf Ernst Moritz Arndts »Was ist des Deutschen Vaterland« intonieren ließ: »Das Vaterland muß kleiner sein / Das Bosnien darf nicht hinein . . .«²⁰

Dem österreichisch-ungarischen Außenminister konnten Herbst und seine Liberalen nicht das Mißtrauen aussprechen (ebenso wie heutzutage ein nationales Parlament einem Mitglied der EU-Kommission das Mißtrauen aussprechen kann); im dafür zuständigen Gremium aber verhinderten die Dele-

19 So Herbsts Kollege und früherer Rivale Karl Giskra im Budget-Ausschuß, laut Trautenauer Wochensblatt, 4.11.1878.

20 Kikeriki, 3.11.1878.



bei Übungung des originellen Liedes: „Das Vaterland muß kleiner sein,
„Das Bosnien darf nicht hinein!“

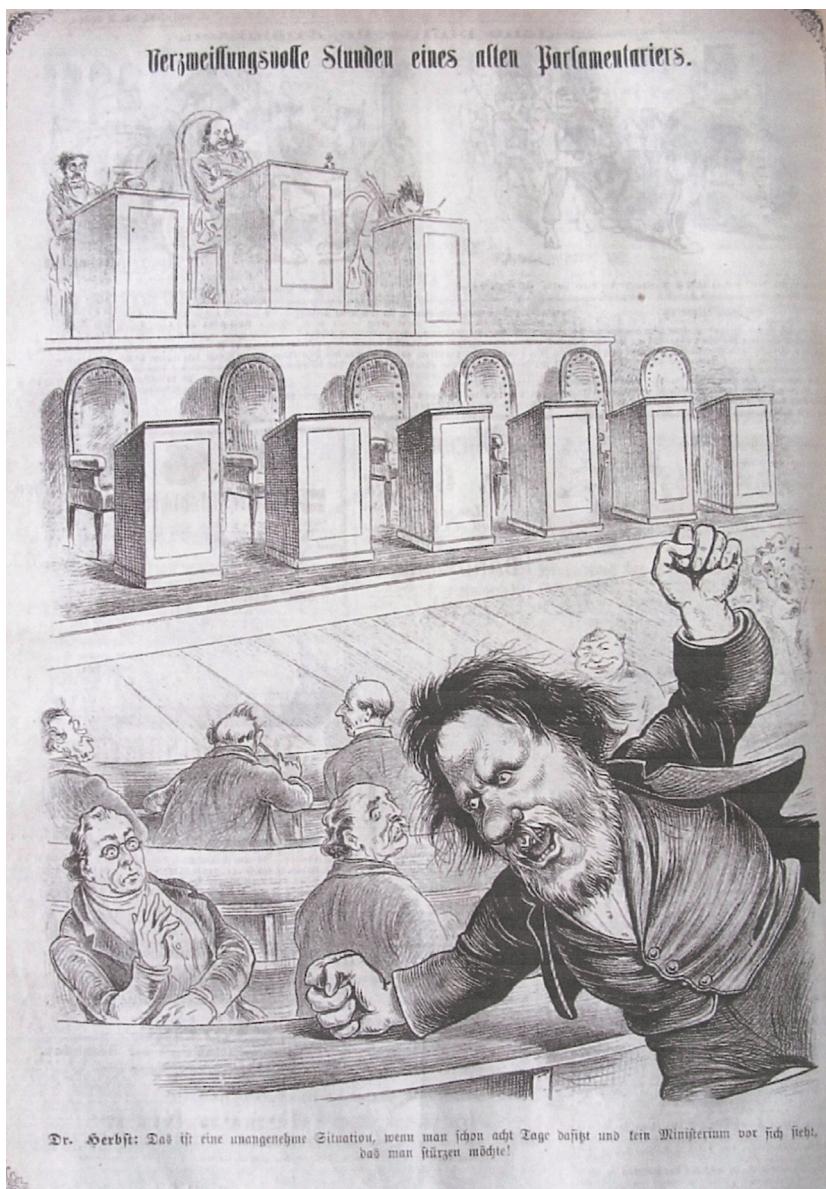
gierten des Herrenhauses das.²¹ Aber er konnte jedem »österreichischen« Ministerium die Unterstützung entziehen, solange der Außenminister im Amt war – und damit die Krone zum Handeln bewegen. (Die Parallele im multinationalen Kontext unseres Jahrhunderts wäre der Sturz eines Kabinetts, das sich gegen gewisse EU-Beschlüsse nicht des berühmt-berüchtigten »nationalen Vетos« bedient.) Das Kalkül war umwegig, aber legitim – doch es ging nach hinten los. Der Kaiser fühlte sich düpiert, als Herbst ihm nach dem Rücktritt Auerspergs im Oktober 1878 einen Ministerpräsidenten empfahl – und den Kandidaten dann desavouierte, sobald dieser sich außerstande erklärte, ihm den Kopf des Außenministers auf dem Silbertablett zu servieren. Der unglückliche Kandidat, Depretis, fragte die Parteiversammlung, ob »die Herren denn gar kein Gewicht mehr darauf legten, wieder ein verfassungstreues Ministerium zu erhalten?«, und erhielt die Antwort: »Wenn es sich darum handle, Österreich zu Grunde zu richten, lasse man gern einer anderen Partei den Vortritt.« Daraufhin gab er den Auftrag zurück, die Karikatur aber zeigte Herbst, der beklagte, er habe schon eine ganze Woche lang kein Ministerium zum Stürzen.²²

Herbst ging davon aus, man könne gegen ihn und seine Partei, die er (wie viele) mit den Deutschen Österreichs gleichsetzte, nicht regieren. Franz Joseph bewies ihm das Gegenteil. Doch nicht einmal seine Partei stand geschlossen hinter Herbst. Ähnlich wie auch bei den Kolonialdebatten im Reich, gab es eine sogenannte »bosnische Linke«, die sich gegen ihn aussprach. Die Okkupation wurde paradoxausweise just in dem Moment populär, als sich die optimistischen Voraussagen Andrassys als Irrtum erwiesen und das einrückende Militär schmerzliche Verluste hinnehmen mußte: Denn jetzt stand das Prestige der Großmacht auf dem Spiel, ein allfälliger Rückzug wurde nicht mehr als Ausfluß der Vernunft, sondern als Eingeständnis einer Niederlage angesehen. Vor allem aber: Im Vielvölkerstaat Österreich basierte die parlamentarische Position der Deutschliberalen nicht zuletzt auf der Unterstützung der Regierung, die in vielen gemischtsprachigen Wahlkreisen den Ausschlag gab.

Die Wahlen des Sommers 1879 entwickelten sich zum »Königgrätz der Verfassungspartei«, so der Leitartikel der »Neuen Freien Presse« am 3. Juli, nicht weil die Liberalen von der Volksstimmung hinweggefegt worden wären, denn da änderte sich am parlamentarischen Besitzstand wenig, sondern weil in fast zwei Dutzend Sitzen keine Deutschen mehr gewählt wurden – und weil in der

21 Von den 60 Mitgliedern der Delegation stellte das Herrenhaus 20, die polnisch-klerikale Rechte des Unterhauses damals 10, die Verfassungspartei 30 – davon verweigerten einige Herbst allerdings die Gefolgschaft.

22 Walter Rogge: Oesterreich seit der Katastrophe Hohenwart-Beust, Leipzig 1879, S. 445 (eine äußerst materialreiche polemische Darstellung eines liberalen Journalisten); Kikeriki, 14.11.1878.



Kurie des Großgrundbesitzes der Adel gegen Herbst reagierte und Kompromisse mit den Katholisch-Konservativen einging. Der Kaiser ernannte einen jovialen Jugendfreund zum Ministerpräsidenten, Edward Taaffe, einen böhmischen Grafen irischer Abstammung, der zuerst als »Kaiserminister« über den Parteien zu regieren versprach, dann immer mehr auf die Seite der Rechten gedrängt wurde. Das langlebigste Regime des alten Österreich, gestützt auf den »Eisernen Ring« aus Klerikalen, Slawen und konservativem Adel, regierte bis in die neunziger Jahre, und wurde dann kurzfristig von einer großen Koalition abgelöst, um ab 1897 in einer nationalen Konfrontation auf- und unterzugehen, die – grob gesprochen: parlamentarische Mehrheitsbildungen durch ein System des nationalen Vetos ersetzte, einer Mischung aus konstitutioneller Blockade und Konkordanzdemokratie. Taaffe hatte die Kunst des Regierens im alten Österreich mit einem Dialektausdruck als »Durch'fretten« definiert,²³ mit dem Ziel, alle Völker in einem Zustand »wohltemperierter Unzufriedenheit« zu erhalten. Das waren Balance, Gewaltenteilung, nicht Volkssouveränität – auch weil es kein (Staats-)Volk im Singular gab, sondern nur Völker.²⁴

Gegen Herbst aber richtete sich der Vorwurf, praktische Gestaltungsmöglichkeiten einem blutleeren Theorem geopfert zu haben, der »importierten Doktrin« des Parlamentarismus, und damit nicht bloß die Liberale Partei ruiniert, sondern auch die Deutschen Österreichs in Gefahr gebracht zu haben, aus ihren angestammten Positionen als »Kitt des Reiches« von einer Koalition »rückständiger«, slawisch-klerikaler Völkersplitter verdrängt zu werden. Bismarck verewigte den Ruf Herbsts, als er 1882 in einer Reichstagsrede die Herbstsche Partei die »Herbstzeitlosen« nannte, »weil sie nie etwas zur rechten Zeit gethan« und das österreichische Beispiel gegen die Möglichkeit einer »Parteiregierung« ins Treffen führte, nicht ohne auf die »Maßlosigkeit der Doktrin« zu verweisen, »die den Deutschen noch mehr als Anderen eigenthümlich ist« und den Bogen zu Richter zu schlagen, als er schloß: »Mit einem Parlament, in welchem der Abg. Richter eine Majorität hat, würde ich allerdings nicht regieren können, damit kann überhaupt kein Mensch regieren.«²⁵

- 23 Die Neue Freie Presse (10.3.1889) rümpfte über den »jovialen Lenker unserer Geschicke«, der sich gegen den Ausdruck »fortwursteln« verwahre und »durchfretten« als authentisch erklärte, vernehmlich die Nase: »Vielleicht ist der berühmte Fiaker Bratfisch, von dem wir annehmen, daß er ein gründlicher Kenner aller Feinheiten des Wiener Dialekts sei, im Stande, den richtigen Commentar zu der heutigen Rede des Herrn Minister-Präsidenten Grafen Taaffe zu liefern; wir müssen in diesem Falle unsere Unzulänglichkeit offen bekennen.«
- 24 Kaiser Franz Joseph trug dem Rechnung, als er 1914 das Manifest, das die Kriegserklärung enthielt, mit der Anrede »An meine Völker!« beginnen ließ. Ich verweise für all diese Entwicklungen auf Lothar Höbelt: Fraktion und Parteien im Reichsrat. In: Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Bd. 7,1 Verfassungsrecht, Verfassungswirklichkeit, zentrale Repräsentativkörperschaften ., Wien 2000, S. 895-1006.
- 25 Horst Kohl (Hrsg.): Die politischen Reden des Fürsten Bismarck. Historisch-kritische Gesamtausgabe, Bd. 9 (1881-1883), Stuttgart 1894, S. 409 (14.6.1882). Bismarck schätzte unter den österreichischen liberalen allerdings Herbsts Kollegen Karl Giskra, 1867-70

Die populistischen Radikalen der deutschnationalen Strömungen der Jahrhundertwende, ja in gewisser Weise sogar schon Ernst von Plener, der Sohn seines alten Kritikers, der ihm in den achtziger Jahren die Führung der Liberalen abjagte,²⁶ haben Herbst dann links und rechts zugleich überholt: Sie gingen in ihrer Opposition oft viel weiter – bis hin zur Obstruktion – und waren doch in ihrer Kirchumspolitik viel pragmatisch-kompromißbereiter: Die altgewordenen Liberalen blickten mit elitärer Verachtung auf die »rohen Exzesse«, wie den »Servilismus« der Demokraten. Der Kaiser, der Adel und das Establishment des Vielvölkerreiches vergossen Krokodilstränen über die Exzesse des Nationalismus – und wußten doch sehr wohl zu würdigen, daß es eben diese nationalen Konflikten waren, die verläßlich die Bildung einer kompakten Mehrheit verhinderten, die imstande gewesen wäre, der Krone und ihrer imperialen Struktur das Gesetz des Handelns zu diktieren. Des Kaisers ärgerliche Bemerkung, man könne in Österreich zur schönsten Ordnung gelangen, wenn man bloß Herbst (und seinen »böhmisch-feudalen« Kontrahenten Clam) einsperre, läßt sich da – bei aller Verehrung für den Monarchen – als Kompliment lesen.²⁷

Etatistische Versuchungen

Das Wiederaufleben des Verfassungskonflikts in Österreich 1878/79 weist eine auffällige zeitliche Übereinstimmung mit den Entwicklungen im Deutschen Reich auf, dem Bruch Bismarcks mit den Nationalliberalen, seiner Verweigerung der Parlamentarisierung des Reichskabinetts und der darauf folgenden Spaltung der Partei. Man hat dahinter oft säkulare Entwicklungen vermutet, die mit den großen Zyklen der Weltkonjunktur zusammenhängen, mit dem Börsenkrach von 1873 als Menetekel des Liberalismus. Doch die politischen Folgerungen, die aus dem Börsenkrach gezogen wurden, waren alles andere als eindeutig. Gegen einen allzu simplen Determinismus spricht schon einmal die Tatsache, daß 1873/74 – im Jahr nach dem Börsenkrach – die Liberalen diesseits und jenseits von Inn und Riesengebirge ihre größten Wahlsiege feierten. Zweifellos: Der Börsenkrach schadete der sogenannten »Verwaltungsratspartei« unter den Liberalen, die pauschal unter Korruptionsverdacht geriet. Insbesondere war es der Leitsektor der Eisenbahnen, der

Innenminister, den hervorragenden Exponenten der in Mißkredit geratenen »Verwaltungsratspartei«, den er 1866 als Brünner Bürgermeister kennengelernt hatte. Heinrich Pollak, Drei Jahrzehnte aus dem Leben eines Journalisten. Erinnerungen und Aufzeichnungen, Bd. 1, Wien 1894, Se. 167.

26 Formal handelte es sich dabei immer um leitende Ausschüsse; Herbst, später Plener kam jedoch unbestritten die Rolle eines »primus inter pares« zu.

27 Franz Adlgasser/Margret Friedrich (Hrsg.): Heinrich Friedjung. Geschichte in Gesprächen. Aufzeichnungen 1898–1918, Bd. 1, Wien 1997, S. 407 f.

in ein schiefes Licht geriet – und Liberale auch tatsächlich vor eine Reihe schwer lösbarer Dilemmata stellte: Allein schon die Ablöse der Trassen war ohne staatliche Beihilfe schwer möglich und führte zu einem Widerstreit von Regionalinteressen, der politisch entschieden werden mußte. Fortschrittsgläubigkeit (und strategisches Wettrüsten) verführten zu Subventionen, oder Zinsgarantien für die Anleger der Bahngesellschaften. Die Zinsgarantien aber führten zu laxem Management, wenn nicht sogar zu Unterschleif. Das liberale Prinzip des Wettbewerbs forderte Konkurrenzbahnen; Konkurrenzbahnen aber verringerten den Ertrag der garantierten Strecken und forderten neue Subventionen.

Doch bei den Korruptionsvorwürfen, die in diesem Zusammenhang laut wurden, handelte es sich vielfach um Querelen innerhalb der Verfassungspartei. Die antikapitalistischen Vorurteile der bürokratischen Gouvernementalen des rechten Flügels und die Anti-Establishment-Ressentiments der (semi-)oppositionellen Fortschrittlichen des linken Flügels hatten in den »Verwaltungsräten« der liberalen Mitte, die geschäftstüchtig ihre politischen Kontakte nützten, ein gemeinsames Feindbild gefunden. Das war peinlich für viele von Herbsts Mitstreitern und politischen Verbündeten, auch für die »Neue Freie Presse«, die eine Zeitlang als Sprachrohr einer besonders kompromittierten Bahngesellschaft galt. Die Schlußfolgerungen, wie sie vom Chor der Kritiker gefordert wurden, gingen jedoch – durchaus folgerichtig! – keineswegs in Richtung von mehr Staatsintervention und Regulierung, sondern vielmehr in Richtung einer viel deutlicheren Trennung von Politik und Geschäft. Eine Kehrtwendung gegen den später so verteufelten »Manchester-Liberalismus« gehörte jedenfalls nicht zu den unmittelbaren Folgen des Jahres 1873, allenfalls wurde damals eine Mine mit Zeitzünder gelegt.

Freilich: Es läßt sich schwerlich leugnen, daß die »Große Depression« mittel- und langfristig protektionistischen Bestrebungen allenthalben Auftrieb verlieh. Das war für Liberale nicht unproblematisch, führte im Reich und in Österreich aber zu ganz unterschiedlichen Reaktionen. Die Schutzzollfrage war in Österreich politisch ganz anders gewichtet, weil die Agrarier viel länger am Freihandel festhielten. Denn gegen die ungarische Konkurrenz half auch kein Schutzzoll, und schon gar kein Solidarprotektionismus, der bloß Importe verteuerte. Der Schutzzoll war vielmehr ausschließlich das Programm industrieller Interessen – die ganz überwiegend im Lager der Liberalen selbst angesiedelt waren: Es war die Schutzzoll-Lobby unter Skene, die 1876 als eine der ersten liberalen Gruppen in Opposition zur Regierung Auerstberg ging. Handelskreise und die mittelständische, weiterverarbeitende Industrie mit ihren gegenläufigen Interessen verfügten da ganz offenbar über die schwächere Lobby, auch im Kreis der Liberalen. Mit der Konsequenz eines Eugen Richter verfocht hierzulande niemand den freihändlerischen »laissez faire«- Standpunkt, auch Herbst nicht. Selbst Altliberale waren schnell mit

ihrem skeptischen Urteil über die »Abstraktionen der klassischen Nationalökonomie« bei der Hand.²⁸ Vielmehr war es die Regierung, die beim Schutzzoll abwiegelte, weil daraus bloß neue Schwierigkeiten mit der ungarischen Reichshälfte erwuchsen.

Etatistischen Versuchungen begegnen wir freilich auch auf dem Gebiet des »Kulturkampfes«, der in einem ganz überwiegend katholischen Land eine andere Qualität besaß als im Reich, wo Bismarck unter dem Beifall einer protestantischen Mehrheit den politischen Katholizismus als »Reichsfeind« qualifizierte. Ähnliche Vorwürfe (»Sie sind kein Österreicher, denn Ihr Kaiser ist der Papst«) waren auch im Wiener Reichsrat zu hören. Doch in Österreich legte die katholische Dynastie dem »Kulturkampf« von vornherein Zügel an; die konkreten legislativen Maßnahmen waren weniger weitreichend als im Reich.²⁹ Der Kulturkampf in Österreich mochte weniger brutal geführt werden, aber er begann früher und er dauerte länger. Das zur Schau getragene geistige Überlegenheitsgefühl der fortschrittlichen Antiklerikalen aber stand in einem merkwürdigen Kontrast mit dem Bewußtsein, gegen die als übermäßig empfundene Kirche mit ihrem jahrhundertelangen Überhang an Vorrechten immer noch Schutz suchen zu müssen bei der staatlichen Autorität.

Die fundamentale politisch-gesellschaftliche Bruchlinie (»cleavage«) verlief nicht zwischen Liberalen und Konservativen, sondern zwischen Klerikalen und Liberalen, die sich in erster Linie als Antiklerikale definierten, frei nach Wilhelm Busch: »Schweigen will ich von Lokalen,/ wo im Kreis der Liberalen/ der Reiche heimlich präßt/ und man den heil'gen Vater haßt.« Diese Konstellation führte auch zu einer Verschiebung des sozialen Einzugsbereichs der Liberalen: Der Kulturkampf machte den Liberalen – mit der Ausnahme Böhmens – die Landbevölkerung abspenstig.³⁰ Die »konservative« Konkurrenz in Österreich war eine Bewegung der »schweigenden Mehrheit« der ländlichen Bevölkerung, eine katholische Volkspartei, geführt von Kaplänen und einzelnen Adeligen. Das »Establishment«, die »Wirtschaft«, die Bildungsschichten, auch die Beamenschaft, ja sogar das Gros der Aristokratie waren im Zweifelsfall »liberal«.

Die Übernahme der Polemik gegen die »Junker« und die »Gaugrafen« war der liberalen Presse keineswegs fremd; aber das war ein Popanz: Es gab außer einem Zirkel von einigen Dutzend vornehmlich böhmischer Familien keine konservative Partei, die ihr diese Schichten streitig mache. Die politische Stoßrichtung der Liberalen richtete sich nicht gegen die alteingesessenen Eli-

28 Plener, Erinnerungen (wie Anm. 17), S. 30.

29 Vgl. zu den Nuancen dieser Debatten die hervorragende, leider ungedruckte Diplomarbeit von Christina Hagen: Der Kulturkampf in Österreich und die konfessionellen Gesetze von 1874, Wien 2000.

30 Ich verweise auf Lothar Höbelt: Drei Lager und drei Zonen. Deutsche und italienische Nationalliberale in der Habsburgermonarchie. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 16 (2004), S. 75-88.

ten, sondern gegen die Gefahr »von unten«, gegen die reaktionäre Masse (die Sozialdemokratie wurde in ihren Anfängen da zuweilen sogar als Verbündete betrachtet) Im Anklang an die marxistische Terminologie könnte man vielleicht formulieren: Die Basis des österreichischen Liberalismus war weiter rechts angesiedelt, der Überbau weiter links als die z.B. der reichsdeutschen Nationalliberalen. Der Leitartikel der »Neuen Freien Presse« am Wahlabend des Jahres 1870, als die erste Welle katholischer Mobilisierung die Landgemeinden überschwemmte, sprach hier Bände: Sollte man die Demokratisierung wirklich vorantreiben, wenn das ganz offensichtlich bloß den Gegnern zugute kam?³¹

Anlehnung an den Staat schließlich auch im Nationalitätenkonflikt. Die Verfassungspartei hielt nicht bloß am konstitutionellen Prinzip fest, sondern auch ganz konkret an der Verfassung von 1861/67, die auf die Bedürfnisse der deutschen Eliten zugeschnitten war – und rief nach dem »Verfassungsschutz«, nach Staatsanwalt und Zensur, sobald föderalistische oder »nationale« Tendenzen ruchbar wurden, die sie als »verfassungsfeindlich« einstuften. Übrigens: Mit dem pejorativen gemeinten Epitheton »national« wurden anfangs selbstverständlich immer bloß nicht-deutsche Bewegungen belegt. Das änderte sich ab den späten achtziger Jahren, als die Deutschnationalen begannen, das Engagement slawischer Nationalbewegungen als Vorbild zu betrachten. Wieder machte sich hier die Minderheitenposition prägend bemerkbar. Gerade in der »Diaspora« lebten die deutschen Minderheiten und der Staatsapparat in einer Art von Zwangs-Symbiose; mochte man bei aller pflichtschuldigen Kritik an den feudal-klerikalen Elementen der Monarchie den Rückhalt am Korsett der imperialen Strukturen nicht entbehren. Die Deutschen waren eine Minderheit; die Liberalen waren innerhalb der Deutschen eine Minderheit, sobald man die Stimmen zählte und nicht mehr wog. Wenn die Deutschliberalen eine parlamentarische Mehrheit behaupteten, so lag das an dem abgestuften Zensuswahlrecht, das bis 1896/1907 für die Wahlen zum Reichsrat galt. Es räumte bis zu einem Viertel der erwachsenen Männer das Stimmrecht ein – war aber anders als das preußische Drei-Klassen-Wahlrecht kein plutokratisches Instrument, sondern eines, das »unvermittelt im Kleinbürgertum abbrach«³².

Die krönende Ironie lautete: Die österreichischen Liberalen waren in der Praxis staatsnäher, aber nicht staatsfrommer. Man kämpfte nicht mehr gegen den Staat, sondern um den Staat; nicht mehr gegen die Privilegien der Bürokratie, sondern um Beamtenstellen. Aber der Vielvölkerstaat konnte eben nie ganz der eigene sein. Es gab keine Überhöhung des dynastischen Patriotismus durch das Nationalgefühl. Im Gegenteil: Nationalgefühl und Imperialismus

31 Neue Freie Presse, 5.7.1870.

32 Leo Wittmayer, *Unser Reichsrathswahlrecht und die Taafe'sche Wahlvorlage*, Wien 1901.

hielten einander die Waage. Gerade die radikalen Nationalisten als Verächter des Bündnisses von Thron und Altar galten als »links«, die übernationalen Verächter der Volkssoveränität als »rechts«. Die autoritären Instinkte des Apparates fanden nie die Verbindung zu einer wirklichen Massenbewegung mit ihrem totalitären Potential. Die antiliberalen Massenparteien – Alldeutsche und Panslawisten, Christlichsoziale und Sozialdemokraten – aber blockierten einander gegenseitig. Diese Gegensätze halfen ein System von »checks and balances« aufrecht zu erhalten, das erstaunlich viele liberale Züge konservierte. Doch eine liberale Partei als Träger des Systems war dabei nicht mehr auszumachen.

Das hatte zum Teil auch mit Semantik und Etikettenschwindel zu tun. Die Erben des Liberalismus akzentuierten ihre nationalen, gegen die internationalistisch-universalen rot-schwarzen Massenbewegungen gerichteten Wurzeln; nach der Jahrhundertwende, als die katholische Bewegung zur Eroberung der Städte und der Universitäten ansetzte, erlebte auch die Kulturmöglichkeit eine Renaissance. Man war national und freiheitlich (oder freisinnig). Das Adjektiv »liberal« war verpönt. Auch der Antisemitismus, der auf Seiten der Deutschen jene Neidkomplexe mobilisierte, die von allen anderen Seiten gegen die Deutschen ins Treffen geführt wurden, spielte da eine Rolle. Zum Teil war die allgegenwärtige geschmäcklerische Kritik am Liberalismus aber auch Teil eines »Tritt Brett Fahrer-Syndroms«: Das »System« garantierte liberale Errungenschaften, sie waren Gemeingut geworden, galten als Selbstverständlichkeiten, dafür brauchte es keine Überzeugungstäter mehr. Bis der Weltkrieg die Voraussetzungen radikal veränderte . . .

